



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 30.09.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1 Entwicklung der Betreuung für Kinder unter drei Jahren

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.1 – 1.4.

TOP 1.1 Stand Ausbau U3 - Bericht über den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren Vorl.Nr. 398/09

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt alle Stadträte, insbesondere die neu gewählten Mitglieder. Er geht auf das Aufgabengebiet des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales ein und bietet den Mitgliedern eine konstruktive Zusammenarbeit an. Aufgabe von Politik und Verwaltung wie es dafür zu sorgen, dass ein soziales Miteinander in der Stadt gestaltet werde. (Anlage 1 zum Protokoll).

EBM **Seigfried** ruft den Tagesordnungspunkt 1.1 mit der Vorl.Nr. 398/09 auf und geht kurz darauf ein.

Herr Dr. **Zoll** (FB Bildung, Sport und Soziales) führt den Rechtsanspruch für Kinder unter 3 Jahren ab 2013/2014 an und stellt fest, dass in Ludwigsburg der Bedarf voraussichtlich eher höher als die 34 % sein werde. Anhand von Kartenmaterial zeigt er die bestehenden und geplanten Betreuungseinrichtungen im Stadtgebiet. Er verweist auf die hohen Kosten im investiven Bereich und die daraus resultierende zusätzliche Belastung im Verwaltungshaushalt für Betriebsausgaben.

Stadtrat **Herrmann** legt Wert auf ein Betreuungsangebot, das den Bedürfnissen der Familien und Kinder entspreche.

Stadträtin **Fuchs** stellt fest, dass der Ausbau von Betreuungsplätzen im U3 Bereich für ihre Fraktion der Schwerpunkt sei. Gestaltungsmöglichkeit sehe sie bei der Reduzierung von Hortplätzen und einem verstärkten Ausbau von Ganztageschulen. Man wolle verlässliche Angebote und sich nicht überwiegend auf ehrenamtliche Helfer verlassen. Die Problematik Angebote in räumlicher Nähe der Familien zu schaffen sehe sie nicht als so groß an.

Stadtrat **Kirnbauer** stellt fest, dass für die Tagespflege immer weniger Interesse bestehe. Er erkläre sich dies durch die erhöhten Schulungsanforderungen an die Tagesmütter. Man solle bei

Gesprächen mit dem Kindertagespflegeverein hinsichtlich dieser Problematik versuchen eine mögliche Unterstützung leisten zu können.

Stadträtin **Klett-Heuchert** äußert große Bedenken bei der Gleichsetzung von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und in der Tagespflege. Die Ausbildung der Betreuer in den beiden Bereichen sei eine völlig unterschiedliche. Die Tagespflege solle vorrangig in der Halbtagesbetreuung eingesetzt werden und nicht als Ersatz für Plätze in einer Kindertagesstätte herangezogen werden. Sie betont, dass es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe handle und der Ausbau der U3 Betreuungsplätze weiterhin vorangetrieben werden solle.

Stadtrat **Heer** spricht sich für eine Anpassung der Elternbeiträge an um einen höheren Kostendeckungsbeitrag zu erreichen. Er begründet dies mit der gestiegenen Qualität der Betreuungsplätze.

Stadtrat **Meyer** regt an, man solle bei den Tagesmüttern insbesondere auf sprachliche Fähigkeiten achten. Durch die hohen Anforderungen an Interessentinnen, nämlich eine Ausbildung von 160 Stunden zu absolvieren, sehe er die Attraktivität sich als Tagesmutter zu betätigen stark sinken. Er denke, dass sich einige stattdessen für die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung entscheiden. Weiterhin solle man die Punkte Platzsharing und Flexibilität berücksichtigen. Einige Eltern wollten vielleicht nur eine Teilbetreuung, die in der Form noch gar nicht angeboten werde. Er regt an den Bedarf in dieser Hinsicht zu ermitteln.

Aus Sicht von EBM **Seigfried** besteht zwischen den beiden Betreuungsformen Tagespflege und Kindertagesstätte kein Konkurrenzverhältnis. Es handle sich um zwei völlig unterschiedliche Betreuungsformen. Er geht auf die Problematik der Entlohnung der Tagesmütter und die komplizierte Berechnung der von den Eltern zu zahlenden Beiträge ein. Unabdingbar seien klare Bedingungen für die Tagesmutter und die Eltern bei einem möglichen Vertragsverhältnis. Man suche bereits nach legalen Möglichkeiten. Ferner sei es notwendig eine Stelle zu schaffen, bei der alle Anfragen nach Betreuung zentral bearbeitet und befriedigt werden können. Dadurch könne auch besser auf die Bedürfnisse der Eltern eingegangen werden. Man müsse gemeinsam mit den freien Trägern Betreuungsarrangements gestalten. Um baldmöglichst eine kreisweite Lösung zu erzielen sei der Beirat des Tagesmüttervereins mit verschiedenen Bürgermeister und dem Kreisjugendamt gegründet worden.

TOP 1.2

Städtische Kindertageseinrichtung, Theodor-
Haug-Str., Pflugfelden

Vorl.Nr. 389/09

Beschluss:

1. Der Ausschuss Bildung, Sport, Soziales stimmt der in Vorl.Nr. 389/09 vorgeschlagenen Planung zu.
2. *Ausschuss Bauen, Technik und Umwelt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziff. 1 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Das Gremium wünscht keinen Sachvortrag.

Stadträtin **Kopf** geht kurz auf die Folgen der anstehenden Erweiterung für die Einrichtung ein und bezeichnet die Kosten für die neu geschaffenen 10 Betreuungsplätze als günstig.

Stadtrat **Kirnbauer** sieht die Kindertageseinrichtung Theodor-Haug-Str. in Pflugfelden im Wandel. Die Betreuung der 3 bis 6-Jährigen nehme eher ab und die der unter 3-Jährigen zu.

Stadtrat **Heer** sieht durch das neue Baugebiet „Am Wasserfall“ einen erhöhten Bedarf an Betreuungsplätzen und stimmt der Vorlage zu.

TOP 1.3

Evangelisches Friedrich-Fröbel-Kinderhaus,
Brünner Str., Oststadt

Vorl.Nr. 388/09

Beschluss:

- 1) Der Ausschuss Bildung, Sport, Soziales stimmt der vorgeschlagenen Planung in Vorl.Nr. 388/09 zu.
- 2) *Ausschuss Bauen, Technik und Umwelt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziff. 1 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** geht kurz auf die Baumaßnahme ein und äußert seinen Unmut über die Wertung des Projektes als Umwandlung durch das Regierungspräsidium wodurch nur eine geringere Fördersumme gewährt werden solle.

Stadträtin **Kopf** sieht den geplanten Um- und Anbau als Kompromisslösung, es gebe keine weiteren Expansionsmöglichkeiten mehr für die Einrichtung.

Stadtrat Dr. **Bohn** nennt die Vorlage als gute und realisierbare Möglichkeit für die Stadt und den Träger der Einrichtung. Es sei weiterhin unumgänglich die Oststadtschule als Ganztageschule auszubauen um freie Kapazitäten im Kindergartenbereich zu bekommen. Er fordert die Verwaltung auf daran weiterzuarbeiten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** bittet die Verwaltung nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen um nicht nur knapp unter den Mindeststandard von 45 qm für unter Dreijährige zu kommen.

Stadträtin **Lange** merkt ebenso an, der Schlafbereich sei räumlich knapp bemessen und regt an die Erzieherinnen bei den Planungen mit einzubeziehen.

EBM **Seigfried** will einer Erweiterung des Raumangebotes in der Einrichtung nicht nachkommen. Ziel sei es die Ganztageschule für Schulkinder zu forcieren und die Aufgabe der Einrichtungen bei der Betreuung von Kleinkindern bis zum Schuleingang zu sehen.

Frau **Bräuning** (Leiterin der Einrichtung) schildert die aktuelle räumliche Situation als viel zu knapp und wünscht sich eine Besichtigung der Planer vor Ort.

EBM **Seigfried** sieht die Situation ebenfalls problematisch an, eine Lösung sehe er in der Reduktion des Betreuungsangebotes wenn der Bedarf sinke. Anschließend lässt er das Gremium über die Beschlussvorlage abstimmen.

TOP 1.4 - Antrag der Evang. Gesamtkirchenpflege
Ludwigsburg auf nachträgliche
Kostenübernahme für Baumaßnahmen in der
Einrichtung "Auf dem Wasen"

Vorl.Nr. 404/09

Abweichender Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales beschließt einen Zuschuss in Höhe von 27.765,81 € an die Evang. Gesamtkirchenpflege für entstandene Mehrkosten im Rahmen des Ausbaus der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in der Einrichtung Kreuzkirche, Auf dem Wasen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** nimmt Bezug auf die Vorl.Nr. 404/09 und führt den Verzicht von Mieteinnahmen der Evang. Gesamtkirchenpflege und den Rückgriff auf deren Bausubstanz als

Rechtfertigungsgründe an, den vollen Betrag von 32.765,81 zu übernehmen.

Stadtrat **Meyer** spricht sich gegen eine volle Kostenübernahme aus, die Begründung unter Ziff. 1 in der Beschlussvorlage sei sehr fraglich.

Stadträtin **Fuchs** führt die gute Kooperation in verschiedenen Bereichen mit der Kirchengemeinde an und man wolle die Bereitschaft neue Krippenplätze zu schaffen honorieren. Sie könne der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt die Frage, ob der ausführende Architekt teilweise nicht fahrlässig gehandelt habe. Die geplanten Baukosten seien um fast 30 % überschritten. Er stellt für seine Fraktion den Antrag den Vorschlag der Verwaltung in Höhe von 32.765,81 € um 5.000,-€ zu kürzen. Der Betrag solle dem Honorar des Architekten abgezogen werden.

EBM **Seigfried** lässt über den Änderungsantrag offen abstimmen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Diskussion, ob man in der heutigen Sitzung über die geänderte Vorl.Nr. 404/09 abstimme, oder erst nochmals mit der Kirchengemeinde Kontakt aufnehmen solle, stellt EBM **Seigfried** den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

TOP 2

Interkommunaler Kostenausgleich für die
Betreuung auswärtiger Kinder zwischen den
Städten und Gemeinden des Landkreises
Ludwigsburg
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 373/09

Beschluss:

- 1.) Bei der Umsetzung des Interkommunalen Kostenausgleichs nach § 8a KiTaG, wird die Abrechnung nach den vom Gemeinde- und Städtetag empfohlenen Pauschalbeträgen durchgeführt:

Empfehlungen zum Interkommunalen Kostenausgleich gemäß § 8a Abs. 6 KiTaG ab 01.01.2009	Kosten/ Platz (€)	63% bzw. 75% der Betriebskosten (gerundet)	Pauschale FAG-Zuweisung (€) (gerundet)	Pauschaler Ausgleichsbetrag (€)	
Regelkindergarten (Ü3)	3.500	Ü3: 63%	2.200	1.160	1.040
VÖ-Kindergarten (Ü3)	4.500		2.800	1.160	1.640
Ganztags-Kindergarten (Ü3)	7.500		4.700	1.940	2.760
Halbtags-Krippe (U3)	7.500	U3: 75%	5.600	1.430	4.170
VÖ-Krippe (U3)	10.500		7.800	2.000	5.800
Ganztags-Krippe (U3)	15.000		11.200	2.860	8.340
Halbtags-Altersmischung (U3)	6.000		4.500	1.430	3.070
VÖ-Altersmischung (U3)	9.000		6.700	2.000	4.700
Ganztags-Altersmischung (U3)	15.000	11.200	2.860	8.340	

Ü3 = Betreuung von Kindern ab 3 Jahren bis Schuleintritt

U3 = Betreuung von Kindern unter 3 Jahren
VÖ = Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten (6/7 Std.)

2.) Die Verwaltung wird ermächtigt, den diesbezüglichen öffentlich-rechtlichen Vertrag (Anlage 2 zur Vorl.Nr. 373/09) zur pauschalen Abrechnung zwischen den Städten und Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** stellt fest, das Kinderbetreuungsgesetz sei Landesrecht. Es gebe ausschließlich die beiden Umsetzungsmöglichkeiten individuell oder pauschal beim Interkommunalen Kostenausgleich. Die Stadt habe keine Möglichkeit andere Verfahren anzuwenden.

Die Stadträte Dr. **Bohn**, **Klett-Heuchert** und **Heer** sprechen sich für eine pauschalierte Umsetzung des Interkommunalen Kostenausgleichs aus.

Stadträtin **Lange** führt aus, sie werde sich der Stimme enthalten, weil ihre Fraktion grundsätzlich gegen die Erhebung von Kindergartengebühren sei.

EBM **Seigfried** erläutert, jede Kommune erhalte vom Land einen finanziellen Ausgleich für seine Kindergartenplätze. Nehme eine Kommune Kinder von anderen Gemeinden auf, stehe ihr auch der Ausgleichsbetrag zu. Anschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorl.Nr. 373/09 abstimmen.

TOP 3	Kinderförderung in der Oststadt und in Oßweil - Antrag der LUBU Vorlage Nr. 385/09 vom 22.06.2009	Vorl.Nr. 379/09
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Es erfolgt keine weitere Beratung. Der Antrag der Fraktion LUBU Vorl.Nr. 305/09 hat sich durch die Mitteilungsvorlage 379/09 beantwortet.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 3 Kinderförderung in der Oststadt und Oßweil

Beratungsverlauf:

Herr **Stierle** (FB Stadtbibliothek) erläutert den Jahresbericht der Stadtbibliothek 2008 unter der Vorl.Nr. 227/09. Er hebt unter anderem den erreichten ersten Platz beim nationalen Bibliotheksranking BIX, die etwa 80 ehrenamtlichen Vorlesepaten und eingerichtete Minibibliotheken in Kindertagesstätten hervor. Für die Zukunft plane man die Einrichtung einer Sportbibliothek. Künftig werde man sich insbesondere mit den Themen Bibliothek als internationale Lernorte, elektronische Medien, Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und die Attraktivität der Bibliothek für Kinder und Jugendliche. Er sieht als künftiger Erfolgsfaktor einer Bibliothek nicht nur Bücher, sondern auch andere Medien.

EBM **Seigfried** betont die aktive Rolle einer Bibliothek bei Kindern.

Stadtrat **Meyer** führt die Erfüllung von Pflichtaufgaben an und bittet künftig auf einen hohen Kostendeckungsgrad bei Angeboten zu achten und die Möglichkeiten auszuschöpfen auch von anderer Seite Zuschüsse zu erhalten.

Die Stadträte **von Stackelberg, Kirnbauer, Steinwand, Heer** und **Lange** loben das breite Angebot, die schnelle Reaktion bei Bedarfsänderungen und allgemein die geleistete Arbeit der Stadtbibliothek.

Herr **Stierle** führt an, der Kostendeckungsgrad in Ludwigsburg sei im Vergleich zu anderen Städten hoch und könne aufgrund höherer Ausgaben und Steigerung von Aufgaben mit Vorjahren nicht verglichen werden. Die Stadtbibliothek habe sich um Spenden bemüht. Es habe sich gezeigt, dass die Angesprochenen lediglich Projekte unterstützen wollen, sich jedoch keine dauerhafte Regelförderung vorstellen können.

EBM **Seigfried** geht kurz auf die räumliche Situation der Stadtbibliothek ein und schließt den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) äußert sich zufrieden über die Umsetzung der Kooperations-Vereinbarung zwischen den Städten Ludwigsburg und Kornwestheim hinsichtlich des vorbeugenden Brandschutzes und kann sich eine Verlängerung der Vereinbarung gut vorstellen.

Herr **Happold** (Feuerwehr Ludwigsburg) gibt einen kurzen Einblick in sein Aufgabengebiet durch die Kooperations-Vereinbarung, wie 14-tägige Besprechungen mit dem Baurechtsamt Kornwestheim, Beratung mit Architekten und Bauherren bei Bauvoranfragen auf dem Gemarkungsgebiet der Stadt Kornwestheim und den entsprechenden Bauabschlussprüfungen.

EBM **Seigfried** merkt an, diese Form des Zusammenschlusses sei ein guter Grundstock für weitere interkommunale Zusammenarbeit.

Beschluss:

1.) Die Karlshöhe erhält für ihre Beratungsstelle für ausländische Jugendliche im Rechnungsjahr 2008 und 2009 einen Zuschuss in Höhe von jeweils 18.500 €.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsjahr 2009 eingestellt.

Nach Ablauf des Rechnungsjahres ist ein Verwendungsnachweis in Form eines Auszuges aus der Jahresrechnung und eines Tätigkeitsberichts vorzulegen. Der Verwendungsnachweis und Jahresbericht 2008 liegen der Vorlage bei.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft die Vorl.Nr. 376/09 auf.

Das Gremium wünscht keinen Sachvortrag.

Stadträtin **Kopf** stellt Fragen zur Vernetzung und Zukunft der Beratungsstelle.

Stadtrat Dr. **Bohn** vermisst konkrete Ergebnisse der Beratungsstelle.

Stadtrat **Glasbrenner** wundert sich, dass rückwirkend für 2008 ein Zuschuss in Höhe von 18.500,-€ beschlossen werden sollte. Er fragt, wie mit einem gewährten Zuschuss der Stadt verfahren werde, falls der beantragte Zuschuss des europäischen Sozialfonds bewilligt werden würde. Er bezeichnet das finanzielle Engagement des Landkreises für die Beratungsstelle als eher gering, obwohl dieses Thema zu seinen Aufgaben gehöre.

Stadtrat **Heer** regt an, die Beratungsstelle für ausländische Jugendliche solle sich im Ausschuss Bildung, Sport und Soziales vorstellen um mehr über den Ablauf zu erfahren.

Stadträtin **Lange** merkt an, die Vorlage vermittele den Eindruck, nur die Beratungsstelle nehme sich dieses Personenkreises an, was tatsächlich nicht der Fall sei.

Herr Dr. **Zoll** (FB Bildung, Familie, Sport) geht auf die gestellten Fragen ein und sagt zu den Träger der Beratungsstelle aufzufordern sich im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorzustellen.

Stadtrat **Kirnbauer** führt an, das Gremium habe für einen Zuschuss in den Jahren 2007,2008 und 2009 keine Vorlage erhalten und keine Beschlüsse gefasst.

EBM **Seigfried** entgegnet, dass in vergangenen Jahren laufende Maßnahmen regelmäßig nachträglich finanziert worden seien und auch ein Wirtschaftsplan des Antragstellers gefordert worden sei. Im vorliegenden Fall sei der Trägerwechsel erschwerend hinzugekommen und die ursprünglich vorgelegten Unterlagen seien als nicht ausreichend erachtet worden. Er schlägt vor dem Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 376/09 zuzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen vor der Haushaltsverabschiedung 2010 dem Ausschuss Bildung, Sport und Soziales Informationen über Finanzierung im kommenden Jahr, Validität und Nachhaltigkeit der Beratungsstelle und Verwendung des städt. Zuschusses bei Gewährung des europäischen Sozialfonds vorzulegen.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt an, es gebe einen Grundsatzbeschluss, nachdem Zuschüsse nur ausbezahlt werden, wenn bis zum 31. März des Folgejahres eine Abrechnung erfolgt und ein entsprechender Vermögensplan vorgelegt worden sei. Antragsteller sollten die Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stellen, damit das Gremium und die Stadtkämmerei rechtzeitig disponieren könnten.

EBM **Seigfried** teilt mit, ihm sei der angeführte Grundsatzbeschluss nicht bekannt und führt die bisherige Verwaltungspraxis an.

Stadtrat Dr. **Bohn** befürwortet das von Stadtrat Glasbrenner angeführte Verfahren. Dadurch sei ein Vergleich von Antrag und vollzogener Maßnahme möglich und so könne die Gewährung eines Zuschusses von allen Beteiligten nachvollzogen werden.

Stadtrat **Kirnbauer** bittet den Vorsitzenden in der zugesagten Vorlage auch andere Beratungsstellen in Ludwigsburg, die ausländische Jugendliche betreuen darzustellen.

EBM **Seigfried** sagt dies zu und will den Träger zu dieser Beratung einladen. Anschließend lässt er das Gremium über die Vorl.Nr. 376/09 abstimmen.

TOP 7 **Bericht Sportinternat (VZI)**
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) gibt einen Überblick über die personelle Besetzung und die Belegungssituation des seit September 2009 eröffneten Sportinternats. Man wolle im kommenden Jahr verstärkt Werbung für das Sportinternat betreiben und habe bei der Bürgerstiftung und der KSK-Stiftung finanzielle Unterstützung beantragt. Beratungsbedarf gebe es noch hinsichtlich der Schülerbetreuung am Wochenende und in den Ferien, sowie der Versorgung mit Mittagessen.

Nach einem kurzen Informationsaustausch hinsichtlich Mittagessen, Werbung und Namenssponsoring zwischen den Stadträten **Heer**, **Kromer**, Dr. **Bohn** und **Lutz** und Herrn **Fröhlich**, wünscht sich EBM **Seigfried** noch mehr Unterstützung durch weitere Vereine einzelner Fachsportarten.

TOP 8 **Zuschuss zur Durchführung der Tanz-
Weltmeisterschaft der Standardformationen in
der Arena Ludwigsburg am 28.11.2009** **Vorl.Nr. 350/09**

Beschluss:

Der 1. Tanzclub Ludwigsburg erhält als Ausrichter der Tanz-Weltmeisterschaft der Standardformationen 2009 einen Abmangelzuschuss von bis zu 33.250 EUR (mit Kostennachweis).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft die Vorl.Nr. 350/09 auf.

Stadtrat **Kromer** merkt an, es sei bereits letztes Jahr bekannt gewesen, dass die Tanz-Weltmeisterschaft der Standardformationen dieses Jahr in Ludwigsburg stattfindet. Er stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Dr. **Bohn** regt an, der 1. Tanzclub Ludwigsburg solle sich weiterhin bemühen auch von anderen Sponsoren finanzielle Unterstützung zu erhalten. Er bedauere, dass die ARD die Veranstaltung nicht übertrage.

Stadtrat **Glasbrenner** sieht den Abmangelzuschuss für diese Veranstaltung als gerechtfertigt an, und führt die Formulierung „von bis zu“ im Beschlussvorschlag an.

Anschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.